

MENSCHENRECHTSLAGE IM IRAN

Iran BERICHT



Die Islamische Republik Iran ist ein Unrechtsstaat und missachtet systematisch die Rechte ihrer Bürger. Angehörige ethnischer, religiöser und politischer Minderheiten sind im Iran vielfacher Diskriminierungen ausgesetzt. Die IGFM veröffentlicht hier monatlich einen Iran-Bericht und berichtet regelmäßig über die Menschenrechtssituation im Iran.

Menschenrechtsslage in Iran

IGFM-Bericht vom 3. Mai 2025

Die Menschenrechtsslage in der Islamischen Republik Iran hat sich im April 2025 weiter dramatisch verschlechtert. Zwei Ereignisse prägten den Monat in besonderem Maße: Zum einen das Bekanntwerden geheimer Atomverhandlungen zwischen dem Iran und den Vereinigten Staaten, zum anderen eine schwere Explosion im Hafen Shahid Rajaei in Bandar Abbas (Hormozgan Provinz), bei der über 70 Menschen ums Leben kamen. Beide Entwicklungen führten zu einer massiven Eskalation staatlicher Repression gegen Journalisten, Medien und zivilgesellschaftliche Akteure.

Die iranische Führung hatte versucht, die Gespräche mit den USA unter strikter Geheimhaltung zu führen. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch, als US-Präsident Donald Trump die Verhandlungen öffentlich machte. Die Enthüllung löste erheblichen innenpolitischen Druck aus, da der Oberste Führer Ali Chamenei zuvor kategorisch jede Art von Dialog mit den USA ausgeschlossen hatte. Diese Kehrtwende untergrub seine



Mohsen Langarneshin

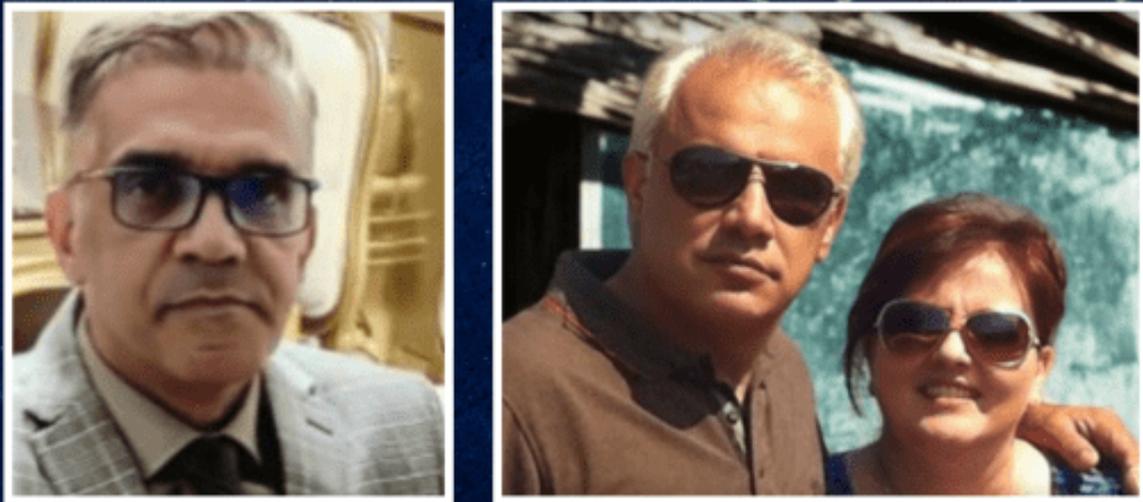
Besonders der Fall Mohsen Langarneshin sorgte für Empörung: Der politische Gefangene war unter schwerer Folter zu einem erzwungenen Geständnis gebracht und am 30. April wegen angeblicher Spionage für Israel hingerichtet worden – offiziell unter dem Vorwurf der „Kriegsführung gegen Gott“ und „Korruption auf Erden“.

Auch der kurdische politische Gefangene Hamid Hosseinezhad Heydaranlou wurde im April exekutiert. Er war im Juli 2024 von Richter Reza Najafzadeh am Revolutionsgericht in Urmia wegen angeblicher Mitgliedschaft in der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zum Tode verurteilt worden. Hamid wies sämtliche Vorwürfe zurück. Das iranische Ministerium für Nachrichtenwesen beschuldigte ihn dennoch ohne Vorlage jeglicher Beweise der Zusammenarbeit mit der PKK. Das Urteil wurde in einem nur wenige Minuten dauernden Verfahren gefällt, ohne Berücksichtigung der Verteidigung, allein auf Grundlage des sogenannten „Richterwissens“. In beiden Fällen verweigerten die Behörden den Familien

Auch die Lage christlicher Konvertiten im Iran bleibt äußerst besorgniserregend.

Der 31-jährige christliche Konvertit, Amirali Minaei, der im April 2025 ins Evin-Gefängnis verlegt wurde, trat kürzlich in den Hungerstreik, um gegen die anhaltende Verweigerung medizinischer Versorgung zu protestieren. Erst nach zwei Tagen erhielt er Zugang zu einer ärztlichen Behandlung. Amirali leidet an einer Herzerkrankung und wurde Berichten zufolge kürzlich von einem Gefängniswärter körperlich misshandelt. Er verbüßt eine Haftstrafe von drei Jahren und sieben Monaten wegen angeblicher „propagandistischer Aktivitäten gegen das System durch Gründung einer Hauskirche“.

Zugleich bestätigte ein Berufungsgericht die Hafturteile gegen die christlichen Konvertiten Mehran Shamlouei, Abbas Souri und Narges Nasri, die alle in Teheran leben. Abbas Souri und Narges Nasri wurden jeweils zu zehn Jahren Haft verurteilt, Shamlouei zu acht Jahren. Grundlage war der Vorwurf „propagandistischer Aktivitäten im Widerspruch zur islamischen Scharia“. Darüber hinaus erhielten alle drei ein zweijähriges Ausreiseverbot.



Naser Navard Gol-Tapeh, Joseph Shahbazian, Lida Alexani

Am 12. April 2025 durchsuchten Agenten des iranischen Geheimdienstes die Wohnung von Lida Alexani, der Ehefrau des iranisch-armenischen Pastors Joseph Shahbazian. Sie wurde festgenommen und ins Evin-Gefängnis gebracht. Pastor Shahbazian war bereits im Februar 2025 verhaftet worden. Er sitzt derzeit ebenfalls im Evin-Gefängnis, nachdem er zuvor bereits über ein Jahr in Haft verbracht hatte. Wegen Beteiligung an einer Hauskirche war er zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Auch Naser Navard Gol-Tapeh, der gemeinsam mit Shahbazian verhaftet worden war, bleibt weiterhin in Haft. Die Gründe für seine fünfjährige Gefängnisstrafe sind sein christlicher Glauben und seine friedlichen religiösen Aktivitäten.

Darüber hinaus wurden die christlichen Konvertiten und Brüder Mansour und Mahmoud Mardani vom Revolutionsgericht der Stadt Lenjan (Provinz Isfahan) jeweils zu vier Jahren

Haft verurteilt. Das Urteil wurde ihnen Anfang Januar 2025 zugestellt. Den Brüdern wird vorgeworfen, „effektive propagandistische Aktivitäten gegen das System durch die Verbreitung des Christentums“ betrieben zu haben. Die Vernehmung fand bereits am 13. November 2024 statt, im Anschluss wurden beide gegen Kautions vorläufig freigelassen.



Mansour und Mahmoud Mardani

Diese Fälle stehen exemplarisch für die systematische Verfolgung christlicher Konvertiten im Iran. Die Justizbehörden stützen sich regelmäßig auf vage formulierte Anklagen wie „propagandistische Aktivitäten“ oder „Gefährdung der nationalen Sicherheit“, um friedlich praktizierenden Gläubigen langjährige Haftstrafen aufzuerlegen.

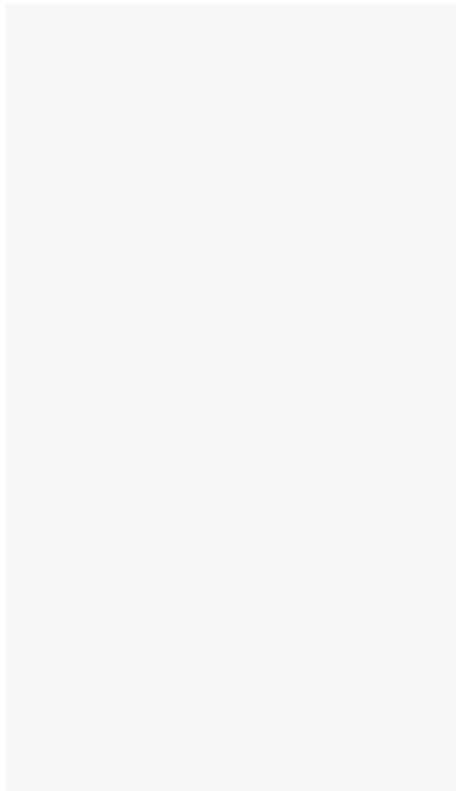
Der April 2025 verdeutlicht erneut, wie das iranische Regime in Phasen zunehmender Instabilität gezielt auf Repression, Einschüchterung und Gewalt setzt. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) fordert die Staatengemeinschaft eindringlich auf, geschlossen und entschlossen für die Wahrung der Menschenrechte im Iran einzutreten -

bevor noch mehr Leben zerstört und noch mehr unschuldige Menschen getötet werden.

Weitere Informationen zur Menschenrechtslage im Iran

Bisherige Berichte, nach Datum sortiert

Politische Gefangene im Iran sind auf unsere Unterstützung angewiesen. Informieren Sie sich über ihre Schicksale und wie sich Abgeordnete für ihre Freilassung einsetzen.



Nazi (Fateme) Habibi

Nazi (Fateme) Habibi ist eine iranische Schauspielerin und Webdesignerin. Sie wurde am 24. November 2022 aufgrund einer vorigen Straßen-Performance festgenommen und ist seitdem im Qarchak-Gefängnis inhaftiert. Eine in Aussicht gestellte Freilassung auf Kautions wurde nicht umgesetzt.